

9. Dez. 1991

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss - 9. Dez. 1991
Décision
Decisione

Schuldenrückzahlungsabkommen mit der USSR

Aufgrund des Antrages des EVD vom 22. November 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtesverfahrens wird

beschlossen:

1. Das am 15.10.1991 paraphierte Schuldenrückzahlungsabkommen mit der USSR wird genehmigt.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Schlussverhandlungen zu führen.
3. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die Schweizerische Botschaft in Moskau werden beauftragt, das Abkommen zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Protokollauszug:

Alfred Heuber

Protokollauszug an:
 ohne / mit Beilage

z.K.	Dep.	Anz.	Akten
✓	EDA	8	-
	EDI		
	EJPD		
	EMD		
✓	EFD	7	-
	EVD	5	
	EVED		
✓	BK	1	-
✓	EFK	2	-
✓	Fin.Del.	2	-





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 22. November 1991

An den Bundesrat

USSR: Rückzahlungsabkommen betreffend notleidende ERG-versicherte Forderungen

1. Vorgeschichte und Begründung

Bis 1988 galt die USSR bei ihren Aussenhandelspartnern als guter Schuldner. Der USSR wurden entsprechend vorteilhafte Kreditkonditionen eingeräumt. Exporteure und Banken in der Schweiz wie in Drittländern waren bereit, USSR-Käufern auf eigenes Risiko Kredit zu gewähren. Die Leistungen der ERG waren selbst zu niedrigen Gebühren bei der Exportindustrie kaum gefragt. Die USSR-Käufer weigerten sich auch unter Hinweis auf ihre erstklassige internationale Bonität, Preisangebote von Exporteuren zu berücksichtigen, die in ihrer Kalkulation eine ERG-Gebühr auswiesen.

1989 stieg die Nachfrage nach ERG-Leistungen vor allem im mittel- und langfristigen Bereich stark an, insbesondere auch von Seiten jener schweizerischen Exporteure, welche traditionelle Lieferbeziehung zu der USSR aufgebaut hatten. Trotz zunehmender Verunsicherung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung wurde die Kreditwürdigkeit der USSR angesichts ihrer grossen Reserven und ihres Potentials an Bodenschätzen international jedoch nach wie vor als recht gut eingeschätzt. Dies kam auch darin zum Ausdruck, dass im kurzfristigen Bereich eine Mehrzahl von Exporteuren auf eine ERG-Deckung weiterhin verzichteten.

Der zunehmende Widerstand der Republiken, die Verwaltung der Devisenerlöse der Union zu überlassen, führte dann seit 1990 zusammen mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einem unregelmässigen und stark reduzierten Devisenfluss von den Republiken zu der Aussenhandelsbank und zu den Aussenhandelsgesellschaften der Union. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass die Aussenhandelsbank Verpflichtungen von Aussenhandelsgesellschaf-

ten und Staatsunternehmen, für die sie keine Garantiezusage abgegeben hatte und für welche die Aussenhandelsgesellschaften die Devisen nicht selber beibringen konnten, nicht mehr honorierte.

Betroffen wurden kurzfristige Kredite, für welche keine begleitende Garantie der Aussenhandelsbank erhältlich war. Im Zuge der Reformen versuchte diese nämlich die Verantwortung für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen gegenüber den ausländischen Lieferanten und für die Beibringung der hierfür notwendigen Devisen schrittweise auf die Importeure zu übertragen. Diese Änderung im Devisenmanagement der USSR war unter dem Blickwinkel der Reformen zielkonform und wurde von den ausländischen Exportkredit- und Exportgarantieinstitutionen akzeptiert, weil die Endabnehmer nach wie vor staatlich waren und der Staat somit nicht aus der Haftung entlassen wurde. Die Schweiz teilte diese Beurteilung, wobei sie wieder eine Garantie der Aussenhandelsbank der USSR verlangte, bzw. Garantiezusagen verweigerte, wenn diese nicht beigebracht werden konnte, als die Spannungen zwischen Union und Republiken zunahmen und Zahlungsprobleme absehbar wurden.

Ende 1990 wies die USSR im Bereich der kurzfristigen, nicht durch die Aussenhandelsbank garantierten Verbindlichkeiten erstmals Zahlungsrückstände auf. Die ERG-Kommission stellte darauf die Gewährung neuer Garantien in allen Bereichen ein und widerrief die abgegebenen grundsätzlichen Zusagen. Nachdem festgestellt wurde, dass die Aussenhandelsbank die von ihr garantierten Forderungen weiterhin lückenlos bediente, lockerte die Kommission diesen Garantiestopp im März 1991 etwas, indem sie kleineren kurzfristigen Geschäften, für die ein bestätigtes und unwiderrufliches Akkreditiv der Aussenhandelsbank vorlag, von Fall zu Fall wieder Deckung gewährte. Diese restriktive Politik erlaubte, das Gesamtengagement der ERG an USSR-Garantien seit Jahresbeginn von 730 auf 570 Mio Fr. zu reduzieren. Im Bereich der kurzfristigen Forderungen ohne Garantie der Aussenhandelsbank ging der im Risiko stehende Betrag von 160 auf 100 Mio Fr. zurück. Von diesen 100 Mio Fr. mussten 50 Mio Fr. bereits als Verluste ausbezahlt werden.

Für die schweizerischen Exporteure hat diese restriktive Politik erhebliche Wettbewerbsnachteile zur Folge, da unsere wichtigsten Konkurrentenländer nach wie vor offene Kreditlinien haben oder Garantien gewähren. Es besteht die Gefahr, dass diese ungleiche Wettbewerbssituation zu Marktanteilsverlusten unserer Industrie führt, welche später nicht oder nur unter hohen Kosten zurückzugewinnen sind. Sollte sich diese Lage in den kommenden Monaten nicht wesentlich ändern und eine Rückkehr zu einer offeneren Garantiepolitik mit dem Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit unvereinbar bleiben, wird deshalb zu prüfen sein, wieweit der Bund gewisse traditionelle Lieferungen nicht durch die Bereitstellung von Ausfallgarantien wieder möglich machen sollte, wobei gegebenenfalls nach Republiken differenziert werden müsste.

Die weitere Entwicklung der finanziellen Lage von Union und Republiken ist schwer voraussehbar. Die Republiken scheinen erkannt zu haben, wie wichtig es auch für ihre eigene Kreditwürdigkeit ist, dass die Union mit Bezug auf die **Altschulden** des früheren Sowjetreiches ihren Verpflichtungen nachkommt. So haben am 28. Oktober 1991 die Unionsregierung und 12 Republiken in einem gemeinsam unterzeichneten Memorandum of Understanding gegenüber den ausländischen Gläubigern die Solidarhaftung für die Altschuld der USSR und den daraus resultierenden Schuldendienst übernommen. Man kann davon ausgehen, dass diese versuchen werden, eine allgemeine Umschuldung zu umgehen. Wieweit dies gelingt,

hängt u.a. auch davon ab, ob die Umwandlungen der Bar- in Kreditgeschäfte, welche mit vielen Gläubigerländern bereits erfolgt sind oder noch angestrebt wird, eine ausreichende Entlastung des angespannten Devisenhaushaltes bringt.

Mit Bezug auf **neue Kredite** ist die Situation anders: es zeichnet sich hier klar ab, dass die einzelnen Republiken nur mehr für Lieferungen haften wollen, welche für sie bestimmt sind. Dies dürfte dazu führen, dass Republiken mit grossem wirtschaftlichem Potential, einschliesslich Bodenschätzen, **nach Überwindung** der mit dem Umbruch verbundenen Schwierigkeiten relativ rasch wieder zu einer gewissen internationalen Kreditwürdigkeit finden werden. Weniger günstig dürften sich dagegen die Aussichten der ärmeren Republiken präsentieren, auf sich allein gestellt den Zugang zu Exportkrediten und den internationalen Kapitalmärkten zu finden. Für die ERG wird sich aus dieser Entwicklung eine auf die Kreditwürdigkeit der einzelnen Republiken abgestimmte Garantiepolitik ergeben.

2. Verlauf und Ergebnisse der Verhandlung

Analog zu anderen wichtigen Gläubigerländern, aber ohne dass eine ausdrückliche internationale Absprache bestehen würde, haben wir uns zu Verhandlungen über die Gewährung von längeren Rückzahlungsfristen für notleidende Zahlungen aus Geschäften zu Bar- oder kurzfristigen Kreditbedingungen bereit erklärt. Diese Bereitschaft knüpften wir an die Voraussetzung, dass die staatliche Aussenhandelsbank diese Schulden übernimmt und den Schuldendienst **garantiert**. Mitte März 1991 fanden in Bern und Zürich erste Gespräche mit einer Delegation der USSR statt.

Diese scheiterten vorerst daran, dass die Vertreter der USSR in vollkommener Verkennung der schweizerischen Realität von der Erwartung ausgingen, einen Exportkredit von 1 Mia Fr zu erhalten, welcher ihrem Land neben der Regelung der ERG-Ausstände auch die Rückzahlung nicht ERG-gedeckter Exportkredite sowie die Finanzierung neuer Importe erlaubt hätte. Sie liessen sich dabei von den mit anderen Ländern abgeschlossenen Vereinbarungen leiten (u.a. BRD, Italien, Österreich, NL...), denen wir nichts ebenbürtiges entgegenstellen konnten (die Schweiz verfügt über keine Exportfinanzierungsinstitution) und angesichts der grossen Unsicherheiten in der USSR auch nicht entgegenstellen wollten.

Mit der Übernahme der alleinigen Federführung durch die Aussenhandelsbank (vorher war auch noch das inzwischen aufgelöste sowjetische Aussenhandelsministerium beteiligt) zeichnete sich im September ein Durchbruch ab. Am 15. Oktober 1991 konnte dann ein Schuldenrückzahlungsabkommen mit der USSR paraphiert werden, welches unsere Voraussetzung (Garantie) erfüllt und die Aussichten auf eine Rückzahlung der an die Exporteure bereits ausgerichteten Schadenszahlungen sowie der noch ausstehenden Beträge wesentlich verbessert.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieser Vereinbarung sind:

- **Vertragsparteien:**
 - für die Schweiz: die Eidgenossenschaft
 - für die USSR: die staatliche Aussenhandelsbank im Auftrag der USSR-Regierung
- **Betrag:** bis Fr. 110 Millionen, entsprechend den gemeinsam identifizierten Fälligkeiten, einschliesslich Verzugszinsen.
- **Rückzahlung:**

Lieferwert Fr. 100'000 - 500'000	1 Jahr
bis 1'000'000	4 Jahre
bis 5'000'000	5 Jahre
über 5'000'000	8 1/2 Jahre
- **Zins:** 7 5/8% p.a., für die ganze Laufzeit

In der erwähnten Zusicherung (Memorandum of Understanding) an die Gläubiger beauftragen und ermächtigen die Union und die zwölf Republiken die staatliche Aussenhandelsbank, als alleinige Vertreterin der Schuldner mit diesen über die Altschuld zu verhandeln und entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Das von uns paraphierte Abkommen entspricht diesem Auftrag, welcher uns gleichzeitig auch eine gewisse Gewähr für eine breite Abstützung der von der Bank eingegangenen Verpflichtungen gibt.

3. Rechtsgrundlage

Obschon die Vereinbarung aus Rücksicht auf die sowjetischen Empfindlichkeiten nicht als solches bezeichnet wurde, handelt es sich nach Form und Inhalt um ein Umschuldungsabkommen, wie der Bundesrat sie mit Ländern mit Zahlungsproblemen aufgrund des Bundesbeschlusses über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen vom 5. Oktober 1990 (SR 973.20) abschliesst.

4. Aemterkonsultation

Die Konsultation der Ämter der interessierten Departemente hat zu folgenden Stellungnahmen geführt:

EDA: einverstanden

EFD: einverstanden

- 5 -

5. Antrag

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussdispositiv zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDE-
PARTEMENT

Maan

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- paraphierter Abkommensentwurf

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EFD

Protokollauszug an:

- EVD
- EDA
- EFD

Für getrauen Protokollauszug:

Schuldenrückzahlungsabkommen mit der USSR

Aufgrund des Antrages des EVD vom 22. November 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtesverfahrens wird

beschlossen:

1. Das am 15.10.1991 paraphierte Schuldenrückzahlungsabkommen mit der USSR wird genehmigt.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird beauftragt, die Schlussverhandlungen zu führen.
3. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die Schweizerische Botschaft in Moskau werden beauftragt, das Abkommen zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Protokollauszug:

A G R E E M E N T

between

Bank for Foreign Economic Affairs of the USSR, Moscow
(Vnesheconombank of the USSR)

(hereinafter called "VNESHECONOMBANK")

acting on behalf of

The Government of the USSR

and

The Government of the Swiss Confederation

on the repayment of certain debts

F. J. G. W.

109

- 2 -

- A) Whereas USSR importers have concluded contracts with Swiss exporters for the purchase of Swiss capital goods listed on annex I to this Agreement
- B) Whereas the payment conditions for the contracts mentioned in annex I stipulate payment upon delivery against documents, without any bank guarantee
- C) Whereas the Swiss Export Risk Guarantee (hereinafter called "ERG") has been granted for the contracts as per annex I
- D) Whereas the Government of the USSR is willing to assume liabilities for the contracts as per annex I
- E) Whereas in view of the present economic situation in the USSR, the Government of the USSR and the Government of the Swiss Confederation agree on the repayment terms and conditions set forth herein in settlement of the contracts as per annex I.

now therefore the parties hereby agree as follows:

1. Purpose of the Agreement

The Agreement shall serve to the settlement of the cash contracts concluded between USSR importers and Swiss exporters and covered by ERG as listed on annex I.

The repayment Agreement shall cover the unpaid amounts of the contracts including interest capitalized as of January 31, 1992, as per annex I agreed upon by the two parties.

The list as per annex I is authoritative for Swiss claims resulting from USSR debts which are subject to settlement. The list is an integral part to this Agreement and may be modified in common agreement of the two parties.

2. Amount to be settled

Up to Sfr. 100,000,000.-- (Swiss Francs one hundred million only).

This amount may be modified by mutual agreement of the two parties.

3. Contracts eligible for settlement

Only contracts listed in annex I with an amount to be settled higher than Sfr. 100,000.- shall be eligible for settlement and inclusion into this Agreement.

Handwritten signature

lca

4. Agent

The Government of the Swiss Confederation designates Swiss Bank Corporation, Zurich, to act as agent (hereinafter called "AGENT") under this Agreement.

The AGENT will maintain and operate the necessary accounts in connection with this Agreement, carry on all correspondence in connection therewith and forward any payments received from VNESHECONOMBANK to the Swiss exporters and/or ERG.

5. Settlement periods

For the purpose of determining the repayment schedule of contracts included in this Agreement, the following settlement periods shall be applicable:

Debits to advance accounts in the name of VNESHECONOMBANK shall be effected by the AGENT for contracts as per annex I upon notice of drawing (wording as per annex II) of VNESHECONOMBANK whereby the following regulation shall apply:

Settlement period 1:

a) for deliveries already effected and payments overdue:

The notice of drawing for each individual contract will be given by VNESHECONOMBANK to the AGENT as soon as possible but until January 31, 1992 at the latest. The booking entry will be made with value January 31, 1992.

b) for deliveries already effected or to be effected until December 31, 1991 and payments due until January 31, 1992:

The notice of drawing concerning such contracts will be given by VNESHECONOMBANK to the AGENT until January 31, 1992 at the latest mentioning the due date. The booking entry will be made with value January 31, 1992.

Settlement period 2:

c) for deliveries to be effected after December 31, 1991:

The notice of drawing concerning such contracts will be given by VNESHECONOMBANK to the AGENT for each individual contract within 30 days after delivery date for full and/or partial deliveries at the latest. The booking entry will be made with value receipt of notice of drawing.

All drawdowns for any individual contract made within each settlement period shall be debited to the same single advance account.

AS

AS

VNESHECONOMBANK and the Government of the Swiss Confederation agree that all drawdowns under the Agreement are exclusively for the settlements of contracts as per annex I. It is explicitly stipulated that VNESHECONOMBANK cannot claim from the AGENT any amount to be disbursed to itself.

6. Repayment

Each individual contract will be repaid as follows:

<u>settlement value</u>	<u>repayment</u>
Sfr. 100,000.-- up to Sfr. 500,000.--	1 year
up to Sfr. 1,000,000.--	4 years
up to Sfr. 5,000,000.--	5 years
above Sfr. 5,000,000.--	8 1/2 years

VNESHECONOMBANK agrees to reimburse all amounts due under this Agreement in equal consecutive semi-annual instalments the first instalment falling due on:

for settlement period 1: July 31, 1992

for settlement period 2: July 31, 1993

If July 31 or January 31 is not a bank working day in Switzerland, the due date will be the immediately following bank working day.

7. Interest

The following interest will be calculated on the outstanding debts:

7 5/8 % p.a., firm for the whole credit duration.

Interest will be calculated on the basis of 360 days year and the exact number of days elapsed. Such interest shall be payable semi-annually together with the capital instalments.

For delayed payments of principal and/or interest under this Agreement, interest on arrears at 7 5/8 % p.a. shall be charged on the amount outstanding as from the respective maturity date until receipt of cover.

This does not in any way constitute the right to defer any payment due.

8. Handling Fee

1/2 % flat calculated on the total amount approved for settlement, payable to the Government of the Swiss Confederation through the AGENT within 30 days after coming into force of this Agreement, but on December 31, 1991 at the latest.

9. Domicile of Payment

Principal, interest and other payments under this Agreement are payable when due in effective freely convertible Swiss Francs, to the AGENT, outside of any clearing system that might be in force at the time of such payments becoming due.

10. Pari-Passus Clause

The VNESHECONOMBANK and the Government of the USSR shall grant to the Government of the Swiss Confederation a treatment not less favourable than that granted to any other creditor country for the settlement or refinancing of debts at comparable terms.

11. Legal addresses

The relevant addresses concerned with the implementation of this Agreement are the following:

on the Swiss side:

The Federal Office for Foreign
Economic Affairs
3003 Berne / Switzerland

telephone 031 / 61 22 90
telex 911 340 eda ch for OFAEE
FAX 031 / 61 23 30

Export Risk Guarantee Agency
P.O. Box
8032 Zurich / Switzerland

telephone 01 / 384 47 77
telex 815 060 erg ch
FAX 01 / 384 47 87

Swiss Bank Corporation
Att: Export Finance Division
8010 Zurich / Switzerland

telephone 01 / 223 32 80
telex 812 581 bvz ch
FAX 01 / 223 48 49

on the USSR side:

Bank for Foreign Economic
Affairs of the USSR
Head Office
Attn.: State and Foreign
Credit Department, Ref. 3404
15, Kirovsky prospect
Moscow / USSR

telex 411174
FAX 0070 95 975 20 69

12. Coming into Force

The Agreement shall come into force as soon as it has been signed by the parties concerned.

Thus done and signed in 4 originals, all in English language,
at _____, this _____ day of _____ 1991

BANK FOR FOREIGN ECONOMIC AFFAIRS OF THE USSR
acting on behalf of The Government of the USSR:

at _____, this _____ day of _____ 1991

THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION:

Interest will be calculated on the basis of the actual number of days elapsed from the date of the agreement until the date of payment of the principal and interest together with the capital instalments.

For delayed payments of principal and interest after the date of the Agreement, interest on arrears shall be charged on the amount outstanding until receipt of cover.

This does not in any way constitute an admission of liability for the payment due.

8. Handling Fee

1/2 % flat calculated on the total amount approved for settlement, payable to the Government of the Swiss Confederation through the AGENT within 30 days after coming into force of this Agreement, but on December 31, 1991 at the latest.

509

strictly confidential
Cash Contracts with UdSSR to be converted
into credit term Contracts

18. September 1991

ERG-Ref. No:	Exporter	Buyer	Contract No. with UdSSR	Amount of total Contract SFR.	Amount to be converted or paid
89.01650	Liechti & Co	Stankoimport	64-5/01059-160 Trans Nr. B-38349	2 295'072.--	2 295 072.--
89.01496	ABB Turbo Systems AG	Avtopromimport, Moskau	Lizenzvertrag 34-05/90848-136 Trans Nr. 81 458	1 200 000.--	320 000.--
86.01710	ABB AG	Energomachexport, Moskau	89-01/79239-136	7 906 400.--	632 512.--
90.00017	O. Suhrer, Brugg	Technopromimport	589/1860353/02714-26	3 372 470.--	3 372 470.--
90.00047	Luwa AG, Zürich	Techmashimport	046-05/04963-160 Nariad Nr. 555 9 8188 Trans Nr. 12325	441 000.--	441 000.--
89.01902	Fela Planungs AG	V/O Technopromimport	56-30/91582-160	22 140 513.--	22 140 513.--
89.01533	Fela Planungs AG	V/O Technopromimport	56-30/91945-160	33 137 455.--	29 823 709.50
89.01780	Fintecnic, Caslano	Technopromimport, Moskau	56-29/01947-160	10 698 771.--	9 621 014.--
89.01568	Voumard Machines	Avtopromimport, Moskau	51-15/01909-160	113 140.--	113 140.--
88.01807	Spühl, St. Gallen	Technoexport, Promdrevmash	010-03/85763-136	41 900 000.--	20 400 000.--
90.00498	Lassary, Biel	technopromimport, Moskau	56-30/92252-160	10 495 000.--	4 494 800.--
89.0124	Winsted Präzisions- Kugeln AG 6814 Lamone	Sojuzzagranpribor/ Sovelektro, Moskau	48/98244.160	2'692'503.--	1'414'523.28

105

Footnote to annex I

Interest for overdue payments shall be calculated at the rate of 7 5/8 % p.a. as of the date of payment from ERG to the Swiss exporters or, in case the relevant contract provides for late interest, as of the original due date at the rate pursuant to the relevant contract.

Contract No.	Contract Description	Contract Value	Contract Currency	Contract Date	Contract Status
0154
0155
0156
0157
0158
0159
0160
0161
0162
0163
0164
0165
0166
0167
0168
0169
0170
0171
0172
0173
0174
0175
0176
0177
0178
0179
0180
0181
0182
0183
0184
0185
0186
0187
0188
0189
0190
0191
0192
0193
0194
0195
0196
0197
0198
0199
0200

Handwritten signature or initials.

DER BUNDESRAT
KONFÖDERATION
SUISSE
FEDERALE SVIZZERA

Bern, le 27. Dec. 1991
Date: _____
Date: _____

Annex II

Notice of Drawing

To: Swiss Bank Corporation, Zürich

Ref.: Agreement, dated _____, concluded between Bank for Foreign Economic Affairs of the USSR, Moscow, acting on behalf of The Government of the USSR and The Government of the Swiss Confederation

We refer to the above mentioned Agreement and hereby

- give you notice that we wish to make a Drawing under the said Agreement in the amount of SFr. (in figures) (in words) value (date)
- inform you that the Drawing relates to the following delivery contract:
 Swiss exporter:
 USSR importer:
 Contract Number:
 Goods:
 Contract Value:

Please debit us on advance account.

Bank for Foreign Economic Affairs:

↓ 19

[Handwritten signature]